



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 153. Ratssitzung vom 30. Juni 2021

4143. 2021/120 Weisung vom 24.03.2021: Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2020

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2020 (Beilage, Fassung vom 18. März 2021) wird genehmigt.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 24.03.2021
- Geschäftsbericht 2020
- Bericht und Antrag der GPK vom 21.06.2021

Referent zur Vorstellung des Berichts:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Allgemeine Verwaltung ist das Herz der Stadt. Dort wird administrativ alles geregelt, sie organisiert Wahlen und Abstimmungen. Auf Rückfrage wurde geantwortet, dass Kosten in der Höhe von 100 000–150 000 Franken entstehen würden, wenn man Wahlcouverts per A-Post retournieren lassen wollte. Weil die Post die Zustellung geändert hat, ist diese Frage nicht unerheblich: Häufig werden Couverts, die am Montag eingeworfen werden, erst am Dienstag verschickt, wodurch ein Tag verloren geht. Diesen Punkt muss man beachten. Das Präsidialdepartement umfasst Kunst, Kultur, Grossveranstaltungen und Entwicklungszusammenarbeit. Das Finanzdepartement musste sich stark auf die Auswirkungen der Pandemie und die kommenden Unsicherheiten konzentrieren. Unter anderem das steigende Bevölkerungswachstum fordert Investitionen, über deren Höhe noch entschieden werden wird. Das Sicherheitsdepartement hat sich intensiv mit behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie beschäftigt. Vor allem nach Aufhebung des Lockdowns kam es u. a. vermehrt zu Lärmklagen. Das Gesundheits- und Umweltdepartement muss übergeordnete Regelungen des Bundes und des Kantons beachten. Es musste dieses Jahr eine Abwägung zwischen gesundheitlichen Risiken und der Einschränkung von Freiheitsrechten vorgenommen werden. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ist robust aufgestellt. Nach dem Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) ist dort ein Kulturwandel im Gange, der noch etwas Zeit benötigen wird. Im Hochbaudepartement kam es aufgrund von Homeoffice zu keinen nennenswerten Verzögerungen. Das hat dort sehr gut geklappt. Im Departement der Industriellen Betriebe stand die Einführung der Flexity-Trams und der Ersatz der Generation 2000 im Zentrum, wodurch die Transportkapazität erhöht werden wird. Im Schul- und Sportdepartement*

musste antizipiert werden, indem digitale Werkzeuge frühzeitig bereitgestellt wurden, damit der Unterricht selbst dann fortgesetzt werden konnte, als dies wegen der Pandemie nicht mehr vor Ort möglich war. Das Sozialdepartement hat 2020 nicht mehr Fälle berücksichtigen müssen. Es ist aber möglich, dass sich dies in der Zukunft noch ändern könnte.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martina Zürcher (FDP): *Der Geschäftsbericht ist für die Aufsichtskommission wichtig, um einen Einblick in die Stadtverwaltung zu erhalten. Der Bericht muss Rechenschaft über die wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres ablegen. Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt Zustimmung zum Geschäftsbericht des Stadtrats.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die SVP hat die Rechnung abgelehnt, deswegen liegt es auf der Hand, dass auch der Geschäftsbericht abgelehnt werden muss. Könnte man die Stadtkanzlei aus dem Bericht ausklammern, könnte man diesen Teil annehmen. Das Präsidialdepartement betreute jedoch Projekte, die auch kritisiert werden können. Insbesondere der Bereich Entwicklungszusammenarbeit kann kritisiert werden, da die Entwicklungszusammenarbeit eigentlich eine Bundesaufgabe ist. Zudem hat das Finanzdepartement die wirtschaftliche Situation beurteilt, allerdings lediglich auf der Basis einer Expertenmeinung. Es bleibt die Frage, warum nicht mehr Experten miteinbezogen wurden. Weiter sind sämtliche Wohnsiedlungen im Finanzdepartement angesiedelt. Diese Wohnsiedlungen und Genossenschaften zeichnen sich zunehmend durch grosse Bevormundung der Mieter und Genossenschafter aus. Das Finanzdepartement sollte besser darauf achten, dass die Pluralität gewährleistet wird. Das Sicherheitsdepartement hat einen grossen Fokus auf Temporeduktionen gelegt, insbesondere auf Tempo 30. Dies aufgrund der Behauptung, dass diese zu einer Lärmreduktion beitrage. Das muss in Frage gestellt werden, da auch das Fahren in einem tiefen Gang zu viel Lärm führen kann. Zudem ist das Bussenregime sehr repressiv. Dadurch wird mehr auf den Tacho als auf den Verkehr geachtet, was ebenfalls nicht zur Sicherheit beiträgt. Tempo 30 ist also kein Beitrag zur Sicherheit. Im Gesundheits- und Umweltdepartement war das Klimathema sehr stark im Fokus. Bei den wissenschaftlichen Grundlagen, die beigezogen werden, muss auch gefragt werden, welche wissenschaftlichen Grundlagen dies denn sind, da es ja unterschiedliche wissenschaftliche Richtungen gibt. Auch dort muss die Frage nach der selektiven Beurteilung gestellt werden. Es muss darauf geachtet werden, dass man sich nicht im Namen der Wissenschaft in die Abhängigkeit gewisser Forscher begibt. Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement wird unter anderem von Hitzedämmung gesprochen. Dabei hatten wir nur zwei heisse Sommer, und schon wird dieses Thema so stark bearbeitet? Dabei macht die Stadt immer noch Dinge, die dem Stadtrat entgegenstehen, beispielsweise den Sechseläutenplatz zu pflastern, obwohl dies hitzefördernd ist. Zudem ist das Beklagen über die Hitze auch eine Frage der Empfindlichkeit. Ausserdem möchte ich kritisieren, dass die Rehe auf dem Friedhof Nordheim einfach erschossen wurden, weil sie an den Pflanzen geknabbert haben. Das war völlig daneben. Man hätte einfach die Tore des Friedhofs schliessen können, damit die Rehe nicht hinein gehen können. Dazu kommt die Geschichte um die Bellerivestrasse,*

die schon zur Genüge diskutiert wurde. Auch dort stellt sich aber wieder die Frage, wie selektiv die Studien sind, die in Auftrag gegeben wurden. Beim Hochbaudepartement muss man sich fragen, wie hoch die Kosten für Netto-Null und die Hitzeminderung sind, die man sich offenbar zum Ziel gesetzt hat. Das Departement der Industriellen Betriebe wollte eigentlich die Anteile an Kernenergie verkaufen, konnte dies aber nicht. Die Flexity-Trams, die eingeführt wurden, wurden vor allem unter der Federführung des ZVV ausgeschrieben. Manche wollen mit diesen Trams gar nicht erst fahren. Es entsteht ein Eindruck von Billigkeit in diesen Trams. Zudem kann man auch darüber, ob die 2000er-Serie der Trams überhaupt schon ersetzt werden muss, geteilter Meinung sein. Allerdings ist dies Sache des ZVV. Klug ist es hingegen vom Departement der Industriellen Betriebe, dass es Windkraft auch im Aus- und nicht nur im Inland fördert. Das Schuldepartement hat sehr gute Arbeit geleistet. Das Sozialdepartement war abhängig von grossen Unwägbarkeiten, auch dieses ist deshalb schwer zu beurteilen. Insgesamt lehnt die SVP den Geschäftsbericht des Stadtrats ab.

Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): Die GLP schliesst sich der Mehrheit an und genehmigt den Geschäftsbericht 2020. Ich möchte noch einige Anmerkungen zum Sicherheitsdepartement machen. Die Covid-19-Pandemie hatte grossen Einfluss auf den Arbeitsalltag und die Arbeitsweise des Sicherheitsdepartements. Die Durchsetzung der sich stetig ändernden Vorgaben des Bundes und der Kantone war eine grosse Herausforderung. Vor allem die Patrouillen waren stark gefordert. Die teilweise schwierigen Einsätze haben zu einer enormen Mehrbelastung der Polizei geführt. Keine andere Dienstabteilung war zudem so stark im Fokus und im politischen Spannungsfeld. Die Stadtpolizei verzeichnete vergangenes Jahr einen starken Anstieg der Notrufe. Vor allem die Lärmklagen stiegen stark, weil viele ein Bedürfnis hatten, wieder Feste zu feiern. Zudem gab es viele Meldungen zu Beobachtungen über Verstösse gegen die Coronaregeln. Hingegen fielen die Einsätze bei Grossveranstaltungen weg. Auch im Sicherheitsdepartement war das Jahr also ein ganz besonderes.

Marcel Tobler (SP): Ich möchte mich zuerst zur Minderheitsmeinung äussern. Ich habe den Eindruck, diese ist vor allem ein Wahlkampfspiel. Denn bei einer Debatte über den Geschäftsbericht geht es darum, die Berichterstattung zu kritisieren, nicht die einzelnen Geschäfte. Für die Kritik an den Geschäften gibt es in diesem Rat genug Raum. Die wichtigste Aussage des Geschäftsberichts ist: Die Stadt Zürich funktioniert, und sie funktioniert auch in der Krise. Der Geschäftsbericht verschafft einen guten Einblick in die Verwaltungstätigkeit. Ich habe den Eindruck, die Verwaltung will auch zeigen, was sie macht. Die Berichterstattung ist eine wichtige Aufgabe, auch wenn die Aufmerksamkeit dafür meist klein ist. Der Geschäftsbericht ist wichtig, weil er dazu da ist, Rechenschaft über die Tätigkeit der Stadt Zürich als öffentliche Institution abzulegen. Nur so ist eine öffentliche Kontrolle möglich. Dieser Prozess funktioniert in der Stadt Zürich, und das ist nicht selbstverständlich. Es handelt sich nämlich um einen zentralen Vorgang unserer rechtsstaatlichen Demokratie. Er stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Ich möchte

dem Stadtrat mitgeben: Auch wenn die GPK so heisst wie sie heisst, zeigen unsere Fragen vor allem ein Interesse an der geleisteten Arbeit und sind nicht immer gleich als Kritik zu verstehen. Einwände kann man zudem auch als Chance begreifen, über die eigene Arbeit nachzudenken und Routinen zu hinterfragen. Insgesamt habe ich den Eindruck, dass dies dem Stadtrat gut gelingt.

Martina Zürcher (FDP): Als Freisinnige wachsen einem bei der Lektüre des Geschäftsberichts jeweils ein paar graue Haare; z. B. wird im Bereich der Erteilung von Baubewilligungen über eine erhebliche Anzahl von Nichteinhaltung der Fristen berichtet, das «Allheilmittel» Tempo 30 wird über die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs und der Quartierbevölkerung gestellt und immer wieder meint die Stadt, alles selbst erfinden zu müssen, indem für Themen, die bereits hinlänglich durch Experten oder Verbände bearbeitet werden, eigene Arbeitsgruppen gebildet werden. Der Geschäftsbericht gibt die Arbeit und die politische Arbeit der Stadtratsmehrheit wieder. Auch wenn die FDP-Fraktion diese nicht immer teilt, ist dies für uns kein Grund, den Geschäftsbericht nicht zu genehmigen.

Roger Bartholdi (SVP): Interessant am Geschäftsbericht ist die Zunahme der Geschäfte um rund 10 Prozent. Auch der Gemeinderat muss sich um mehr Geschäfte kümmern. Die Anzahl der Bürgerrechtsgeschäfte ging zurück, dies wohl vor allem Corona-bedingt. Ich möchte mich auch noch dazu äussern, warum die SVP den Geschäftsbericht ablehnt. Ein Geschäftsbericht ist ein bisschen wie das Wetter: Man liest nur über die Sonne, den Rest vergisst man. Ich vermisse die Kritik und die Eingeständnisse, wenn etwas falsch gelaufen ist oder nicht erreicht wurde.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Referentin; Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Angelica Eichenberger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit:	Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Enthaltung:	Maleica Landolt (GLP)
Abwesend:	Christina Schiller (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



5 / 5

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2020 (Beilage, Fassung vom 18. März 2021) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Juli 2021 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat